

UNTERNEHMERTUM UND ARBEITERKLASSE IN BÖHMEN VOM NEOABSOLUTISMUS BIS ZUR KONSOLIDIERUNG NACH DEM UNGARISCHEN AUSGLEICH

Dargestellt am Testfall Nordwestböhmens

Von Harald Bachmann

Das Jahr 1859 brachte, abgesehen von den militärischen und außenpolitischen Katastrophen, für Österreich einen derart tiefgreifenden Wandel, daß mit ihm die Epoche einer neuen innerstaatlichen Gesellschaftsentwicklung anbrach. Die Unterschichten des Kaiserstaates, gewissermaßen durch die alles bedeckende Folie des staatlich-verwaltungstechnischen Apparates verdeckt und zurückgestaut, erhielten durch den verfassungspolitischen Umbau seit 1848 den ersten fühlbaren Anstoß und Auftrieb zur politischen Aktivität im weitesten Sinne. Ihr Schicksal in der sozialen Wirklichkeit sowie in der nationalen und internationalen Ideologisierung zu verfolgen, stellt eine Aufgabe dar, in deren Zusammenhang das gesamte Gesellschaftsgefüge nicht mehr aus dem Blickwinkel der führenden Schichten, der Verwaltungsbourgeoisie oder der Aristokratie, betrachtet wird, sondern vom Standpunkt der gesellschaftlichen Gesamtstruktur.

Es steht außer Zweifel, daß der Entwicklungsprozeß, dem die österreichische (zisleithanische) Gesellschaft zur Zeit des Hochkapitalismus unterworfen war, zu-
meist nur aus der Perspektive der staatlich-administrativen Sphäre betrachtet und erforscht wurde.

Das Leitmotiv im Denken der vulgärliberalen Bourgeoisie war darauf abgestimmt, der Arbeiterklasse nur den Rang einer „materiellen Kraft“ zuzubilligen, es ist in zahlreichen Arbeiten über die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung der Monarchie erkennbar und hat die Methoden bei der Erforschung der Unterschichten ungünstig beeinflusst. Im Falle Zisleithanien hatte dies besondere Konsequenzen, da der österreichisch-ungarische Raum fortlaufend großen Fluktuations- und Migrationsbewegungen ausgesetzt war¹. Heinrich Rauchberg hat in seinen Arbeiten bereits um die Jahrhundertwende diese Bevölkerungsbewegungen eingehend charakterisiert, sie erreichten einen so hohen Grad, daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur noch 65,2 % der ortsansässigen Bevölkerung am Aufenthaltsort geboren waren².

¹ Waentig, Heinrich: Gewerbliche Mittelstandspolitik. Leipzig 1898, 483 S., hier S. 339 Anm. 1.

² Rauchberg, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Leipzig 1905, Bd. 1, 710 S.; Bd. 2, 414 S.

Die Gebiete der böhmischen Länder — als Territorien der in besonderer Stärke einsetzenden Industrialisierung — waren dem wachsenden Einfluß der Fluktuation am meisten ausgesetzt. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Industrialisierung hatten sich bereits seit 1840 in steigendem Maß herausgebildet, ihr Pendant war die Entwicklung einer neuen Bevölkerungsstruktur. Im Rahmen der folgenden Überlegungen sind die Unterschichten der damaligen Bevölkerungsstruktur in erster Linie ins Auge zu fassen. Während des Neoabsolutismus hatte sich in den unteren Bevölkerungsklassen die berufliche und materielle Umorientierung vom landwirtschaftlichen Sektor zur beruflichen Fabrikarbeit vollzogen. Dieser Vorgang war lediglich eine Folgeerscheinung der industriellen Revolution, im Zusammenhang mit ihr trat das gesamte Böhmen in die Übergangsepoche zum industriellen Kapitalismus ein, dessen Einfluß auf die soziale Situation der Unterschichten Innerböhmens — durch die Landflucht — große Bedeutung zukommt.

Bereits 1850—1857 hatte die Binnenwanderung um das Dreifache zugenommen; besonders die Intensivierung des Bahnbaues, die Entwicklung des Straßennetzes sowie der Bau neuer Fabrikanlagen wirkten umwälzend auf die Bevölkerungsstruktur einzelner Bezirke³. Der Strukturwandel erfaßte aber nicht alle Gebiete des damaligen Kronlandes gleichmäßig; die Fluktuation zeigte bereits während der letzten Jahre des Neoabsolutismus eine deutliche Differenzierung der Migrationsbewegungen; sie war von verschiedenartigen Kausalfaktoren bestimmt.

Die industrielle Entwicklung schloß sich an die von der Fluktuation erfaßten Räume an und stand von Anfang an in sehr enger Beziehung zu dem gesellschaftlich-politischen System des Neoabsolutismus. Ihr Leitmotiv wurde in besonderem Maß von der tonangebenden Verwaltungsbourgeoisie bestimmt, die seit dem Aufbau des neoabsolutistischen Systems in Kontakt zur liberalkapitalistischen Unternehmerschicht stand. Der enge Konnex „Unternehmerschicht — staatliche Sphäre“ erscheint auch für die Struktur, Ideologie und vor allem für die soziale Wirklichkeit der Unterschichten als Grundelement. Vorher hatten sich die sozialgeschichtlichen Untersuchungen namentlich mit der „Effizienz“ der nationalen Ideologien im Staatskörper Zisleithanien nach 1848 befaßt, abgesehen von den überaus zahlreichen, rein faktographischen Aktenreferaten über die faßbare Beamtenroutine des Verwaltungsstaates.

Die bisherigen Industriegebiete, deren Aufbau während der frühindustriellen Epoche bereits Vorformen einer in den Manufakturen beschäftigten Unterschicht geschaffen hatte, waren von dem neu einsetzenden Trend zur Industrialisierung nur teilweise erfaßt.

Die beste Möglichkeit, einen Überblick über die Situation ihrer topographischen Natur nach zu geben, bietet die Charakteristik der Industrieräume, deren administrativ-politische Struktur (im Überbau) in eindeutigem Gegensatz zum wirtschaft-

³ Vgl. Bohmann, Alfred: Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847—1947 mit besonderer Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse. München 1958, 320 S., hier S. 71. Vor allem Stölzl, Christoph: Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849—1859. München-Wien 1971, 360 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 26).

lichen Landesausbau stand. Es war offensichtlich, daß das zisleithanische bürokratische System die wirtschaftliche Struktur der böhmischen Länder nur nach kapitalistischen Prinzipien — entsprechend dem Hochliberalismus und Vulgarliberalismus des industriellen Unternehmertums — organisierte. Die Grundlagen der Gemeinde- und Bezirksreform sowie der politischen Verwaltungsgliederung waren durch das Badsche System geschaffen worden; sie verschärften in den sechziger Jahren die ausgeprägten Gegensätze zwischen der politischen Oberschicht und den Unterschichten. Nimmt man hinzu, daß das Wirtschafts- und Kapitalsystem, hiermit die gesamte Finanzstruktur des Neoabsolutismus, nach 1859 den größten bankwirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt war, so wird die schwierige Situation der Unterschichten aus den Lebensbedingungen und den „politischen“ Reaktionen des staatlichen Systems abzulesen sein.

Der Gesamtaufbau der Industriegesellschaft Böhmens (als Kerngebiet der Wirtschaft Zisleithaniens) war bereits durch den strukturell verschiedenartigen Verlauf der Industrialisierung geprägt. Es bestand schon vor der Hauptphase der industriellen Revolution ein starker Gegensatz hinsichtlich der sozialen Wirklichkeit der Randgebiete und dem Innern Böhmens. Die kritische Situation nach 1859 verschärfte die Not der Randgebiete, so daß jetzt eine Analyse der „sozialen Wirklichkeit“ — wirtschaftlich gesehen — das unglaubliche Maß sozialer Ausbeutung offenbaren mußte. Besonders kraß wirkte sich dies im Bereich der Haus- und Heimindustrie und der kleinindustriellen Textil- und Glasindustrie aus. Die Situation in den Gebirgsgegenden wies zu Beginn der sechziger Jahre, trotz mancher Verbesserungen, wie sie der Prozeß der Arbeitsteilung, der besseren Schulung und Ausbildung stellenweise mit sich brachte, keine wirkliche Hebung des Lohnniveaus und der Wirtschaftskraft auf. Das gilt für die grenznahen Industriegebiete, die man oft mit Belgien, Sachsen oder Mittelengland verglichen hat.

Im ganzen gesehen hatte die Arbeiterschaft — namentlich die der alten Industriegebiete —, deren regionale Gliederung noch zu erörtern sein wird, in den sechziger Jahren keine Erleichterung ihrer sozialen Lage zu erwarten. Wenn man die Zahlen der Lohnstatistik heranzieht, so kommt man — gemessen an der konjunkturellen Entwicklung der frühen sechziger Jahre — zu bemerkenswerten Ergebnissen. Sie liegen auf der Ebene kapitalistischer Lohntechnik und passen sich dem Konjunkturgeschehen im Hinblick auf die Reduktion von Arbeit und Arbeitszeit völlig an.

Man muß bei dieser Darlegung in Rechnung stellen, daß der Neoabsolutismus die Arbeiter aus Furcht vor Revolutionen einer strengen Polizeiaufsicht unterwarf⁴. Die verwaltungstechnisch inszenierte Isolierung der Arbeiterschaft fand ihr Pendant in dem völligen Verbot der Koalitionsfreiheit, das erst 1864 durch die Zulassung eines Fortbildungsvereines für Buchdrucker ein Ende fand⁵. Die Förderung des Koalitionswesens unter dem Aspekt der Fortbildung gab den Unterschichten ein gewisses Instrument der „politischen“ Organisation in die Hand.

⁴ Vgl. Österr. Staatswörterbuch 2 (1905), Artikel von Verkauf, Leo: Organisation der Arbeiter 301—312, hier 301. Das Vereinsgesetz vom 26. 11. 1852 bedrückte die Arbeiterschaft sehr.

⁵ Verkauf 301.

Die gesellschaftliche Situation der sechziger und siebziger Jahre war von den monopolkapitalistischen Bestrebungen der Mittel- und Oberschichten bestimmt, deren Ziel es war, jegliche Vereinstätigkeit — auch außerhalb der politischen Assoziationen — schärfstens zu bekämpfen und niederzuhalten. Trotzdem machte die Arbeiterbewegung sehr bald beträchtliche Fortschritte. Die erste Phase der neu entstehenden Organisationen, zumeist deutschnationalen Charakters, später auch die anderen Nationen einbeziehend, umfaßte zunächst die Bildungsvereine der verschiedenen Berufsbranchen. Die Vereinsgesetzgebung nach dem neuen Vereinsgesetz vom 15. 11. 1867 reichte jedoch nicht aus, um die neuen Arbeitervereine, besonders die sozialdemokratischen Vereine, entstanden nach dem Eisenacher Programm, vor der Auflösung zu schützen. Sehr tragisch wirkte sich auch der Prozeß gegen Oberwinder und Genossen aus (30. Juli 1870), dessen Folgen für die Organisation der Unterschichten verhängnisvoll waren: 32 Organisationen der Arbeiterklassen wurden aufgelöst⁶.

Die alten Industrieviertel der böhmischen Länder, Gebiete der Manufakturwirtschaft Zisleithaniens und der Monarchie seit Jahrhunderten, waren in grenznahen Landschaften gelegen, deren Charakter auf eine extensive, eigentlich noch vorkapitalistische Betriebsweise schließen läßt. Die alte, großstadtferne Landschaft des 19. Jahrhunderts war durch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung umgeprägt worden, deren mittel- und kleinstädtische Fabrikzentren bevölkerungs- und siedlungsmäßig weitreichenden Einfluß auf das Umland hatten. Da die Industrielandschaften Nord- und Ostböhmens in engerem Kontakt zu dem sächsisch-schlesischen Industriegebiet standen, übten die deutschen Nachbarlandschaften und der gesamte deutsche Raum einen umfassenden wirtschaftlichen und betriebstechnischen Einfluß auf die böhmisch-mährische Industrie aus, der auch strukturmäßig im Hinblick auf die Unternehmensgeschichte faßbar wird. Wirtschaftsideologisch gesehen erwies es sich, daß die frühkapitalistische und später hochkapitalistische Fabrikantenschicht des Liberalismus in großem Ausmaß dem landfremden Unternehmertum entstammte. Nachweise wären schwer zu erbringen⁷. Dies trifft jedoch nicht für alle Unternehmerfamilien der „Gründerzeit“ zu, lediglich ein Großteil von ihnen, der eine Fabrikantenschicht bildete, stammte aus den Gebieten des Deutschen Bundes, vornehmlich aus dem deutschen Westen. Die numerisch begrenzte Gründerschicht der alten Industriegebiete (der Textilindustrie) läßt sich am besten in den Zentren der grenznahen Industriegebiete verfolgen, in den Metropolen der frühindustriellen Entwicklung. In diesen Orten, wie Reichenberg (Liberec), Trautenau (Trutnov) u. a., ist ihre Abstammung aus alteingesessenen handwerklichen und bäuerlichen Familien seit Beginn der industriellen Revolution nachweisbar⁸.

⁶ M o m m s e n , Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Bd. 1. Wien 1963, 467 S., hier S. 57—58 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 1).

⁷ Vgl. u. a. vor allem K e l l e n b e n z , Hermann: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Böhmen-Mähren im Zeitalter der Industrialisierung. BohJb 3 (1962) 239—260. — Für Aussig etwa: W o l f r u m , Carl: Erinnerungen. 2 Bde. Aussig 1893.

⁸ Vgl. etwa J a h n - L a n g e n : Das Böhmisches Niederland. Bevölkerungs- und Sozial-

Die Entwicklung des Unternehmertums im Raum der alten, aus der Textilmanufaktur hervorgewachsenen Industrie war von 1850 an, dem Epochenjahr des Neoabsolutismus, durch den gewaltigen finanziellen und wirtschaftlichen Umschwung beschleunigt, der sich nach der Grundablösung und nach der Neuordnung der wirtschaftspolitischen und staatlich-administrativen Sphäre in der Ära Bach vollzog. Die Bourgeoisie und der Geldadel hatten die Zeichen der Zeit verstanden: Mit der Grundablösung und dem intensiven Ausbau der Verkehrswege sowie der Industriezentren begann geldwirtschaftlich und finanzpolitisch eine Ära des extremen Manchesterliberalismus, der seinen engen Kontakt zum Börsenmarkt und zur Weltwirtschaft über die Kreditsysteme des Westens finden sollte. In gewissem Sinn war das Gründerzeitalter der österreichischen Industrie eine raschere Wiederholung des englischen Manchesterzeitalters mit scharf ausgeprägten sozialen Schäden.

Auf dieser Grundlage, die das Establishment der manchesterliberalen Ära geschaffen hatte, erhob sich der Gesamtbau des liberalen Wirtschaftssystems, dessen Hauptträger die Unterschichten waren; ihnen kam aber — wie schon erwähnt — nicht mehr Einfluß zu als der einer „materiellen Kraft“. Einblick in die Lebensverhältnisse der Unterschichten im Fabriksbetrieb bieten die (heute ideologisch veralteten) Arbeiten Albin Bráfs, Isidor Singers und Theodor Wollschaks (Pseudonym Teifen)⁹. Sie sind auch schon vielfach zitiert und für wissenschaftliche Studien ausgewertet worden. Von den verschiedenen Berichten der Handels- und Gewerbekammern, deren wirtschaftspolitische Tendenzen die staatliche Sphäre Zisleithaniens maßgebend bestimmten, kann dies nicht behauptet werden. In ihnen kommt das Aufseher- und Kontrollsystem des Manchesterliberalismus ganz besonders deutlich zum Ausdruck.

Die Kammerberichte der fünfziger und sechziger Jahre (in den böhmischen Ländern) bieten hinsichtlich der Lage der Arbeiterschaft wichtige Aufschlüsse. Dies betrifft nicht allein die angeführten Arbeitszeiten, auch das Lohnniveau und die „Manipulationen“ des Lohnniveaus als „Instrumentarium“ der manchesterliberalen Unternehmerpolitik lassen sich aus dem Quellenmaterial herausarbeiten. Die siebziger Jahre brachten — abgesehen von der um sich greifenden Organisation der Sozialdemokratie — auch in den Provinzen Zisleithaniens eine Verschärfung der manchesterliberalen Tendenzen. Dies läßt sich auch an den Lebensverhältnissen der Unterschichten zu Beginn der (schein)konstitutionellen Ära erkennen, namentlich anhand der offiziellen Fakten, die von den Institutionen der staatlichen Sphäre gesammelt und registriert wurden. In erster Linie kommen für diese Art Analyse die Berichte der Handels- und Gewerbekammern in Betracht. Als ältestes Industrie-

struktur einer Industriedorflandschaft. München 1960, 70 S., hier S. 48 Anm. 13 (Wissenschaftliche Materialien zur Landeskunde der böhmischen Länder 4). Hier wird von „bodenvererbter Industrie“ gesprochen.

⁹ Brá f, Albin: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, 1962. — Singer, Isidor: Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabriksbezirken des nordöstlichen Böhmen. Leipzig 1885, 267 S. Es ist bezeichnend, daß gerade Nordostböhmen, das alte Textilgebiet, hier betriebssoziologisch und demographisch analysiert wird, die westlichen Bezirke der Handelskammer Reichenberg kamen jedoch nicht in Betracht. — W o l l s c h a k, Theodor (Pseud. Teifen): Die Besitzenden und Besitzlosen in Österreich. Wien 1906, 268 S.

gebiet, bei L. Kárníková als Prototyp der „alten Textilgebiete“ charakterisiert, gilt das Reichenberger Industrieland mit seiner großen Tradition aus der frühindustriellen Zeit. Charakteristisch für die Behandlung der Arbeiterfrage in den Berichten der Reichenberger Kammer, einer der bedeutendsten dieser 1850 eingerichteten Institutionen, ist die Tatsache, daß auch in den sechziger Jahren die Lohnverhältnisse lediglich statistisch registriert werden. Die Lohnangaben wurden nach Branchen geordnet, innerhalb der Industriezweige nach Fabriksbetrieben. Sie stellen daher nur eine sehr approximative Registratur dar. Die Tageslöhne für Männer, Frauen und Kinder (!) sind getrennt angeführt. Auffallend ist in den ältesten Berichten der Handelskammer (bis 1867), daß Waldarbeit und Arbeit im Bergbau die gleiche Entlohnung aufweisen.

Die Jahre der ersten großen Wirtschaftsflaute, ausgelöst durch die Baumwollkrise während des Sezessionskrieges (1861—1865), führten zu keinen anderen sozialpolitischen Maßnahmen (im Sinne späterer zisleithanischer Regierungsaktionen) als zu dem alterproben Mittel der fünfziger Jahre — den Notstandsarbeiten. Sonst griffen die Unternehmer zu den aus der Manchestertradition stammenden Methoden der sofortigen Herabsetzung von Arbeitszeit und Arbeitslohn. Hierbei wurden die Löhne für die Arbeiter (Spuler, Aufstecker) herabgedrückt, die der Aufseher hingegen erhöht¹⁰. Ähnliche monopolkapitalistische Verhältnisse wie im Fabrikbetrieb finden sich auch in der auf dem Faktorenbetrieb beruhenden Leinenweberei¹¹. Der Gesamtstatus der Branche wird in einer dem Hochkapitalismus

¹⁰ Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg. Erstattet an das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft über den Zustand der Industrie und der Verkehrsmittel des Kammerbezirks 1861—1863. Reichenberg 1864.

Vgl. die tabellarischen Aufstellungen S. 85 über die Lohnhöhe, hier in verkürzter Form wiedergegeben.

	1857	1858	1859	1861	1862	1863
a) Aufstecker	22—25	24—27	24—28	21—23	21—23	21—23
a) Twister	28—30	28—30	30—32	25—30	25—30	25—30
b) Spuler	30—32	30—32	32—35	25—30	25—30	25—30
b) Aufseher	100—120	110—130	120—150	100—150	100—150	100—150
a) Baumwollindustrie und Zwirnerei	In kr. ö. Währung					
b) Mech. Cottonweberei						

In dem Zeitraum von 1857—1863, der von der beginnenden Baumwollkrise infolge des Sezessionskrieges charakterisiert ist, wurden die Arbeiterlöhne gesenkt, die Aufseherlöhne hingegen erhöht. Die Arbeitszeit betrug — bei den angegebenen Löhnen — 14 Stunden. — Die Berichte der Handels- und Gewerbekammern sind trotz wiederholter Bemühungen (über den internationalen Leihverkehr) leider nur lückenhaft zugänglich gewesen.

¹¹ Über sie heißt es im gleichen Bericht der Reichenberger Kammer: „Ob es für unsere Leinenweberei an der Zeit sei, an eine Reform des bisher von ihr festgehaltenen Systems der Handweberei zu denken, dürfte kaum schwer zu beantworten sein, wenn erwogen wird, daß der Einführung der mechanischen Weberei, namentlich für Leinensorten aus Garnen von Nr. 24 bis 35, zwei maßgebende Faktoren das Wort reden, nämlich: eine erhöhte Preiswürdigkeit infolge der größeren Reinheit und Gleichheit mechanisch gewebter Leinenwaren, und dann der Umstand, daß bei der Erzeugung dieser, auf den Massenbedarf berechneten Leinwänden beliebig eine Vermehrung oder Beschränkung

entsprechenden Form charakterisiert. Auch die harten Winter 1862/63 und 1863/1864 veranlaßten die Regierung zu keinerlei anderen Hilfsmaßnahmen als die der schon zuvor üblichen Subvention und Vorschußleistung für die Straßenbauten.

Ein weiteres wichtiges Problem der Lebenssituation im Rahmen der sozialen Unterschichten Zisleithaniens und namentlich Böhmens stellte die tägliche Arbeitszeit dar. Die manchesterliberalen Fabrikmethoden waren noch zu Beginn der sechziger Jahre auf eine Arbeitszeit von 14 Stunden eingestellt, und erst allmählich mit dem Neueinsetzen der Vereinstätigkeit wurde der Ruf nach Regelung der Arbeitszeit laut¹². Die Situation war auch nach jahrelangem Kampf um die Reform der Gewerbeordnung von 1859 noch keineswegs besser geworden, und der Typus der manchesterliberalen Ausbeutung im Fabrikbetrieb herrschte auch noch in den siebziger Jahren an den Brennpunkten der neuen Industriegebiete mit ihrer Tendenz zur Ausbildung einer ausgeprägten Arbeiteraristokratie¹³. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in den neuen Industriegebieten — im Hinblick auf die Betriebspraktiken der Unternehmer (aus Konkurrenzgründen) — nicht einmal die ohnehin für die Arbeiter sehr harten Bedingungen der Gewerbeordnung von 1859 eingehalten wurden. Die Einführung von Erleichterungen für Jugendliche wurde heftig kritisiert, ebenso die Gewerbeinspektion, deren Auswirkungen wohl als eine Beeinträchtigung der rücksichtslosen manchesterliberalen Konkurrenz in den neuen Industriegebieten angesehen wurden¹⁴. Die Reform der Gewerbeordnung zugunsten der sozialen Unterschichten stieß ebenso auf harte Kritik der Unternehmer, deren Opposition auch gegen eine relativ „ungefährliche“ Institution gerichtet war, gegen die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen¹⁵. Die einschlägigen Angaben verweisen auf die Enquete vom Jahre 1892, in der auf den Gesetzentwurf Bezug genommen wurde „betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern“, eingebracht 1891.

Platz greifen kann, ohne zur Zeit eines lebhafteren Geschäftsganges, oder der Bestellung der Felder von den erhöhten Lohnforderungen der Weber abhängig zu sein.“

¹² Bericht des Ausschusses zur Regelung der Arbeiterverhältnisse Nr. CCVIII, Wien 10. 5. 1869 (Referentenentwurf einer neuen Gewerbe-Ordnung samt Einführungsgesetz. Wien 1874). In diesem Bericht finden sich im Anhang die Petitionen von Arbeitervereinen und Arbeiterversammlungen (darunter Görkau, Bodenbach, Obergeorgenthal).

¹³ K á r n í k o v á, Ludmila: K vývoji naší dělnické třídy v období kapitalismu a nástupu imperialismu [Zur Entwicklung unserer Arbeiterklasse im Zeitalter des Kapitalismus und am Beginn des Imperialismus]. ČSČH 10 (1962) 496—519, hier 515.

¹⁴ ÖSTW Bd. 21, S. 260 findet sich eine Aufstellung über die maximal zulässigen Arbeitszeiten für Kinderarbeit gemäß Gewerbeordnung:

Minimalalter	Tägl. Maximalarbeitszt.	Nachtarbeit
10—12	10	9 ^h abd. — 5 ^h früh verboten
12—14	10	9 ^h abd. — 5 ^h früh verboten
14—16	12	bedingungsweise

Vgl. VI. Bericht über die allgemeine ordentliche Sitzung der Handels- und Gewerkekammer in Prag (6.—12. 11. 1874). Prag 1874, S. 53—73.

¹⁵ Vgl. ÖSTW 21, 313 ff.

Nun sollte eine obligatorische Vertretung der Arbeiter in der Großindustrie (in Form von Arbeiterausschüssen) eingerichtet werden. Der Plan scheiterte jedoch, da die Enquete über diese geplanten Institutionen (abgehalten vom 26. April—8. Juli 1892, unter Einvernahme von geladenen Experten) zwar erstaunlich genaue, aber disparate Aufschlüsse ergab. In zahlreichen Fällen erwies es sich, daß in Zisleithanien, wie die Berichte der Gewerbeinspektion zeigen, immer noch neben manchesterliberalen auch patriarchalische Zustände herrschten. Nimmt man hinzu, wie deutlich nationalideologische Gegensätze das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflussten, so erkennt man, daß der komplizierte Wirtschaftskörper Zisleithaniens eine gleichmäßige Strukturverbesserung im Sozialgefüge nicht ertragen konnte. Die Unternehmer und mit ihnen das System der staatstragenden Sphäre haben daher die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen nicht geschaffen, die Möglichkeit einer Erweiterung der staatlichen Sphäre war aber hierdurch ebenfalls gescheitert.

Die Versuche, im Rahmen der zisleithanischen Sozialpolitik auch das Verhältnis Unternehmer - Arbeiter wirksam zu beeinflussen, nahmen in ihrer Gesamtheit einen ungünstigen Verlauf, am deutlichsten war dies an der Entwicklung der Situation im Bergbau spürbar. Die Bergarbeiter waren nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1859 noch in einer zwölfstündigen Schichtdauer beschäftigt, beim Kohlenbergbau sollte die Schichtdauer jedoch neun Stunden nicht überschreiten¹⁶.

Nach dem Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn (1867) hatte sich im Wirtschaftsgebiet Zisleithaniens, des verbliebenen Gebietes der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, eine staatspolitische Konsolidierung vollzogen, der eine fortschrittliche Wirtschaftsentwicklung folgen sollte. Tatsächlich erweisen die ökonomisch-statistischen Übersichten für die ersten Jahre der nunmehr staats- und verfassungsrechtlich neufundierten Doppelmonarchie eine günstige Konjunktur. Die Weltwirtschaft hatte sich nach der ersten Krise, deren Ursachen in der internationalen Verflechtung der europäischen Produktion mit den USA zu suchen sind, erholt, und die Struktur der zisleithanischen Volkswirtschaft stellte sich auf die Basis steigenden landwirtschaftlichen Exports bei allmählich wachsender Industrialisierung ein. Die weitere Konjunkturproblematik, im rohen Umriß charakterisiert durch drei Epochen, läßt sich gemäß den Prinzipien, die im Rahmen dieses Aufsatzes maßgebend sind, nicht nach rein statistischen Maßnahmen festlegen. Bei ihrer Beurteilung sollen über die äußerlichen Epochenräume hinaus die wirkenden Kräfte gesellschaftlicher und ideologischer Umgestaltung sichtbar gemacht werden. Die äußerliche Gliederung in Zeitepochen ändert sich indes bei theoretisch und hermeneutisch kontroversen Standpunkten kaum, sie ist ohnedies an der faktographisch leicht zu interpretierenden Position des Staates Zisleithanien als Teil der europäischen und globalen Wirtschaft abzulesen¹⁷. Das

¹⁶ Vgl. ÖSTW ²I, 478. Gesetz vom 21. VI. 1884, R. 115.

¹⁷ Werner, Karl Heinz: Österreichs Industrie- und Außenhandelspolitik 1848—1948. In: Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848—1948. Wien 1949, S. 359—479. — Ferner: Z u n k e l, Friedrich: Die Entfesselung des neuen Wirtschafts-

staatliche Wirtschaftssystem Österreichs war, erschüttert durch den verlorenen Krieg von 1859, infolge der handelspolitischen Konsolidierung der preußischen Zollpolitik im Rahmen des Handelsvertrages mit Österreich vom 11. August 1865 aus dem Bereich der Zollvereinsstaaten hinausgedrängt, auf einen neuerlichen Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen angewiesen¹⁸. Während der nächsten Jahrzehnte hatte sich namentlich in den stark industrialisierten Gebieten Böhmens und Mährens der Ruf nach dem Schutz der heimischen Industrie erhoben, der durch ein protektionistisches Zollsystem garantiert werden sollte. Die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern traten gegen die ihrer Meinung nach zu freihändlerische Politik der Regierung auf, und schließlich wurden Zolländerungen mit Unterstützung der Handelskammern durchgeführt¹⁹.

Die Jahre des Aufschwungs nach 1867, von einer allgemeinen Wirtschaftskonjunktur und verkehrstechnischen Errungenschaften im europäischen Raum begleitet, hatten unter der Ägide der staatlichen Sphäre und der industriefördernden Handelskammern starke gesellschaftliche Auswirkungen, die sich nicht bloß im Ansteigen der Produktion oder etwa in der statistisch faßbaren Vermehrung der Industrieanlagen äußerten. Der gesamte Sozialkörper Zisleithaniens wurde während der fünfjährigen Konjunkturspanne in eine neue wirtschaftliche und soziale Phase übergeleitet. Der gewaltige Ausbau des Verkehrswesens und die Erschließung neuer Industrieräume sowie die einsetzende Fluktuation in diese neuen Industriegebiete mit ihren unerschlossenen Rohstoffen und gewaltigen industriellen Entwicklungsmöglichkeiten mußten zwangsläufig das gesamte Gefüge der staatlichen Sphäre sprengen bzw. starken Belastungen aussetzen. Es ist sicherlich zutreffend, daß nach 1867 die deutliche Trennungslinie zwischen den aufstrebenden Gebieten Böhmens mit ihrer rascher wachsenden (kapitalistischen) Industrie und den stagnierenden Gebieten der Landwirtschaft immer stärker hervortritt²⁰. Gleichzeitig findet aber zwischen den sich rascher entwickelnden Gebieten des Braunkohlenbergbaus und dem älteren Textilindustriegebiet Nord- und Ostböhmens eine Differenzierung statt, deren Konsequenzen in ihrer vollen Tragweite noch nicht untersucht worden sind und die besonders in ihrer Beziehung zur staatlichen Sphäre behandelt werden sollten. Die Funktion der neuen Industriegebiete, etwa auch des Pilsner Raumes mit seiner Schwerindustrie, hatte große Bedeutung, im besonderen Maße für die Industrieentwicklung und schließlich auch für den Zeitgeist Zisleithaniens. In der Literatur über die Bevölkerungs- und Industriestruktur des böhmischen Raumes wird das deutschsprachige Randgebiet zwischen Eger (Cheb) und Reichenberg (Liberec) fast stets wirtschaftlich und im Hinblick auf die Sozialstruktur als ein homogenes Gebiet angesehen, dessen verwaltungstechnische und wirtschafts-

geistes 1850—1875. In: *Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte*. Hrsg. von K. E. Born. Köln 1966. — Die Großindustrie in Österreich. Festgabe zum glorreichen fünfzigjährigen Regierungsjubiläum S. M. des Kaisers Franz Joseph I. Dargebracht von den Industriellen Österreichs. Bd. 3. Wien 1898.

¹⁸ Werner 385 ff.

¹⁹ Werner 407.

²⁰ Vgl. Kárníková: *Vývoj obyvatelstva v českých zemích 1754—1914* [Die Entwicklung der Bevölkerung in den böhmischen Ländern 1754—1914]. Prag 1965, S. 137.

organisatorische Schwächen und Diskrepanzen nicht einmal vom Standpunkt der staatlichen Sphäre erkannt und charakterisiert werden. Ferdinand Seibt hat dies in ähnlicher Form hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß die Probleme der Wirtschaftsgeschichte im Zusammenhang mit den regionalen Strukturen behandelt werden müßten²¹. Auch die Auswirkungen des gesamten kapitalistischen Aufschwungs auf die ideologische Einstellung der verschiedenartigen Bevölkerungsschichten wurden zumeist nur mit generalisierenden Charakteristiken versehen, die zu verschwommenen Typenbildungen führen mußten. In der volkswirtschaftlichen Entwicklung, die namentlich Nordböhmen und Nordwestböhmen bereits nach 1867 betraf, wäre zwischen dem alten Textilgebiet des Nordens mit Reichenberg sowie seinen aus der alten Manufaktur herauswachsenden Industriestädten und Industriedörfern und dem völlig neuen, nach 1850 aus einer Agrarlandschaft entstehenden Kohlenrevier von Komotau (Chomutov) bis Aussig (Ústí n. L.) deutlich zu unterscheiden.

Für den Bereich des Kohlengebiets trifft natürlich diese Problematik des Hochkapitalismus zu: Seit dem Ende des Neoabsolutismus bedingt die gewaltige Vergrößerung der Produktion auch verkehrstechnisch einen Konjunkturaufschwung: Der Ausbau des Eisenbahnnetzes durch die Aussig-Teplitzer Bahn (1858) ermöglichte den rascheren Absatz und die wirtschaftliche Expansion. In größtem Ausmaß blieb aber die Braunkohle des Reviers von der kommerziellen Entwicklung der sechziger Jahre abhängig, in denen zunächst auch im Hinblick auf die Ausfuhr und den Aufschwung der Industrialisierung in den böhmischen Ländern günstige Bedingungen vorherrschten. Die Gesamtproduktion der österreichisch-ungarischen Monarchie an Braunkohle weist für Böhmen im Jahre 1864 17,333.667 Meterzentner aus, für 1867 eine Steigerung auf 22,783.747 Meterzentner²². Der gewaltige Aufschwung, dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen unausbleiblich waren und eine ganze Landschaft veränderten, erfuhr aber 1873 durch die Konjunkturkrise eine Dämpfung. Allerdings hatten erst seit 1871 die neuen Bahnverbindungen die Abfuhr der Kohlen erleichtert.

Die bisherigen Arbeiten über das Kohlengebiet, sie sind nicht sehr zahlreich, befassen sich mit der Problematik der wirtschaftlichen und sozialen Situation der proletarischen Unterschichten und stellen sie mitten hinein in die konjunkturelle Evolution des Industriezeitalters, wie es in Zisleithanien und im besonderen Maße in den böhmischen Ländern entstand. Ein Blick auf die industrielle Oberschicht und ihr Verhältnis zur staatlichen Sphäre, namentlich der funktionale „Stellenwert“, der dem Kohlengebiet von allem Anfang an zukam, hätte Aufschluß über die treibenden Kräfte des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus gegeben, wie er in den sechziger und siebziger Jahren — fast monokausal wirkend — den gesamten Sozialkörper Nordwestböhmens beeinflusste und die neuen Industriegebiete Böhmens ausbilden half. Die Unternehmerschichten des neuen Kohlenreviers waren

²¹ Seibt, Ferdinand: *Bohemica. Probleme und Literatur seit 1945*. Sonderheft 4 der *Historischen Zeitschrift*. München 1970, 355 S., hier S. 191—192.

²² Vgl. *Statistisches Jahrbuch der österreichischen Monarchie für das Jahr 1864*. Wien 1865, 507 S., hier S. 177. — *Statist. Jahrb. der österr. Monarchie für das Jahr 1867*. Wien 1869, 489 S., hier S. 123.

eng mit dem industriellen Aufschwung der nordböhmisches Bezirke verbunden, zuerst gehörten sie oftmals dem ansässigen feudalen Großgrundbesitz an, dann traten an ihre Stelle zumeist zugewanderte Kohlenhändler, die sich bald zu einer Gruppe von Kohlenindustriellen vereinigten.

Der Besitz der Kohlenbetriebe lag zunächst in den Händen von Kleinunternehmern, erst später traten Banken, wie die Anglo-Österreichische Bank in Prag, und Bergbaugesellschaften als Eigentümer auf. Seit 1858, dem Jahr der Bahnerschließung, stellten die Gesellschaften einheimischer und auch reichsdeutscher Unternehmer, deren Kapital selbst aus reichsdeutschen und englischen Quellen gespeist wurde, das Revier auf Großbetrieb um. Auch Eisenbahngesellschaften beteiligten sich am Ankauf von ganzen Kohlenbetrieben und richteten in Konkurrenz zu anderen Kohlenwerken ihre ganze Spekulation auf den erfolgreichen Wettbewerb bei der Verbilligung der Produktion und des Abtransportes ein, so daß hochkapitalistische Methoden überall angewendet wurden²³.

Diese bedenkenlosen Ausbeutungsmethoden wirkten sich auch auf die Abbautechnik sowie die Anlage der Schächte aus und hatten eine rücksichtslose Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft zur Folge. Begünstigt wurden die manchestermäßigen Produktionsverhältnisse durch die Schwierigkeiten, denen sich die böhmische Braunkohlenproduktion auch im Hinblick auf Abtransport, Frachtkosten und Absatzgebiete ausgesetzt sah. So wurde ein bedeutender Teil der Produktion (rund 20 %) als Schiffsfracht auf der Elbe ins Deutsche Reich verkauft und damit die böhmische Braunkohle zu einem Faktor der europäischen Wirtschaft erhoben²⁴. Die Schwankungen im Verkaufsgeschäft beeinflussten mit allen Nachteilen auch die Förderung und Lagerung und hatten für die Konkurrenzfähigkeit der Kohlenwerke nachteilige Auswirkungen. Die großen sozialen Schäden, die eine derartige manchestermäßige Arbeits- und Produktionsstruktur den Unterschichten zufügte,

²³ Vgl. hierzu die Angaben über die Unternehmer zur Zeit der kapitalistischen Expansion bei: R a n d h a h n, Walter: Der Wettbewerb der deutschen Braunkohlen-Industrie gegen die Einfuhr der böhmischen Braunkohle. Jena 1908, 119 S., hier S. 104—105, ferner auch S c h l e g e l, Friedrich: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmungsformen und der Absatzverhältnisse. Volksw. Diss. Frankfurt 1917, 124 S. Weitere Angaben bei: Z i c k e r t, Hermann: Die wirtschaftliche Bedeutung der Böhmisches im Vergleiche mit den benachbarten Kohlen-Industrien des In- und Auslandes. Teplitz-Schönau 1908, 286 S., hier S. 222—224. Hinweise auf die Konzentration in der Braunkohlenindustrie, die durch die hohe Besteuerung der Aktiengesellschaften besonders gefördert wird. Die Entstehung von Kartellen wurde dadurch begünstigt, der Preis- und Lohndiktatur Vorschub geleistet.

²⁴ B r á f: Studien 12. — Der Raubbau und die rücksichtslose Behandlung des gesamten Landschaftsgebietes führte zum Eingreifen der Handels- und Gewerbekammer Prag mit einer Denkschrift: Über den Braunkohlenbergbau in Böhmen. Denkschrift an Se. Excellenz den hochgeborenen Herrn Hieronymus Grafen von Mannsfeld, k. k. Ackerbauminister etc. etc., von der Handels- und Gewerbekammer in Prag. Prag 1876, 30 S. — Das Eingreifen der Prager Kammer wurde von den Kammern in Eger und Reichenberg „übel vermerkt“, auch von seiten des Vereines für bergbauliche Interessen in Teplitz. Vgl. G r u b e r, Josef: Die Handels- und Gewerbekammer in Prag in den ersten fünfzig Jahren ihres Bestandes 1850—1900. Prag 1900, 605 S., hier S. 254 f. — Vgl. S c h l e g e l 54: Abtransport der Auslandsbraunkohle 1913: 20,8 % auf der Elbe, 79,2 % per Bahn.

wurden der volkswirtschaftlichen und sozialstatistischen Forschung erst allmählich offenkundig. Die älteren Untersuchungen der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse fußen alle auf der noch heute (ihren Fakten nach) wichtigen Arbeit Albin Bráfs, dessen Hinweise auf die Produktionsmethoden durch die Analyse der funktionalen Zusammenhänge im Bereich der staatlichen Sphäre und politisch-ideologischen Einflußnahme zu ergänzen wären²⁵. Bedrückend wirken die bei Bráf zitierten Lohnstatistiken, aus denen sich für die Jahre nach der Krise von 1873 eine erneute Verschärfung der manchesterlichen Arbeitspraktiken ergibt, eine Erhöhung der Arbeitszeit der Schichten auf 12 Stunden bei gleichzeitiger Senkung der Löhne um 20 %. Ebenso aufsehenerregend mußte die große Zahl der Unglücksfälle im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier wirken; sie stellten die Notwendigkeit einer befriedigenden Reform des Bruderladenwesens, der Bergversicherung vor Augen, die in den Jahren schonungslosen manchesterlichen Gewinnstrebens von der Leitung der Kohlenwerke immer wieder verzögert wurde²⁶.

Gewiß stellt man sich bei der Betrachtung und Analyse des wirtschaftlichen Werdegangs in den siebziger und achtziger Jahren die vordringliche Frage nach den Konsequenzen, die sich aus der einseitigen und sprunghaften Entwicklung einzelner neuer Industriereviere ergeben. Es besteht kein Zweifel, daß die Repräsentanz der staatlichen Sphäre, in diesem Falle die Handels- und Gewerbekammer Prag, dem allzu manchesterlichen Ausbeutungsprozeß aus allgemein wirtschaftlichen und geographischen Motiven ein Ende setzen wollte, wobei die soziale Lage der zugewanderten Arbeitermassen unberücksichtigt blieb. Auch in anderen Bereichen des böhmischen und zisleithanischen Raumes war die Industrialisierung vorangeschritten, und es scheint, wie bereits aus der Denkschrift der Prager Kammer hervorgeht, der Grundrohstoff Steinkohle sogar eine solidere Basis für die industrielle Expansion zu bieten als die Braunkohle. Andererseits war die Braunkohle einer der wenigen Exportartikel Böhmens, bzw. ganz Zisleithaniens, der europäisches Format erreichte und in der Handelsbilanz als Aktivposten zu Buche schlug²⁷. Die Ausfuhr aus Nordwestböhmen nach Deutschland hatte während der Gründerjahre eine rasante Steigerung erfahren, erreichte 1870 einen Höhepunkt und fiel dann nach der Krise merklich ab. Die Folgen der ausgeprägten Konjunktur, von der das Revier erfaßt wurde, waren weithin spürbar, da jetzt in den sechziger und siebziger Jahren besonders der mittlere Teil des Reviers einen gewaltigen Zuzug an Arbeitskräften erhielt. Es wurde nachgewiesen, daß 1869—1880 das Kohlenrevier in seinem mittleren Abschnitt — wohl dem Gebiet zwischen Teplitz (Teplice), Dux (Duchcov) und Brüx (Most) — den größten Bevölkerungszuwachs in den gesamten böhmischen Ländern erlebt hatte²⁸.

²⁵ Bráf: Studien 14—57.

²⁶ E b e n d a 28—36.

²⁷ R a n d h a h n 90, graphische Darstellung: Einfuhr böhmischer Braunkohle in Deutschland. Höhepunkte waren (im Verhältnis zur böhmischen Produktion): 1870: 52,5 %; 1890: 53,5 % Ausfuhr nach Deutschland (im Verhältnis zur böhmischen Produktion). — Ferner Schlegel 55. Tabelle: Auslandsabsatz der böhmischen Braunkohle (1903—1913). Ein Höhepunkt des Auslandsabsatzes ergab sich 1907 mit 9 Mill. Tonnen von 12,8 Mill. Tonnen Gesamtproduktion.

²⁸ K á r n í k o v á: Vývoj obyvatelstva 158.

Während die anderen Zentren der bevölkerungspolitischen Umschichtung, die auch die Brennpunkte der neuen Industriegebiete darstellen, intensiv auf ihren Strukturwandel untersucht worden sind, hat die sozialgeschichtliche Forschung dem nordwestböhmischem Raum bisher nur geringere Aufmerksamkeit gewidmet²⁹. Die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes ist sicherlich gründlicher erforscht worden als der gesellschaftliche Aufbau, der später bedeutsame politische Entscheidungen bedingte.

Die zisleithanische Wirtschaft und Industrie war seit Jahren durch die ungeordneten Währungsverhältnisse Österreich-Ungarns großen Schwierigkeiten ausgesetzt, die vor allem durch die Schwankungen des Silberagios bedingt waren. Man muß sich vor Augen halten, daß bis 1878 für Silbergeld gegen österreichisches Papiergeld ein Agio bezahlt werden mußte; diese Regelungen waren oftmals exporthemmend³⁰.

Die finanztechnische und ökonomische Problematik der großen und vorteilhaften Währungsreform (1892) soll in diesem Zusammenhang vor dem sozialpolitischen Aspekt der Maßnahmen in den Hintergrund treten, da es in erster Linie wesentlich ist festzustellen, wie die im gleichen Zeitraum erfolgte Sanierung der Reichsfinanzen auf die wirtschaftliche Situation der Unterschichten Zisleithaniens einwirkte. Hierfür bieten die großen Debatten des Reichsrates, der eine parlamentarische Glanzzeit erlebte, wichtiges Anschauungsmaterial. Im Gegensatz zu der Auffassung, die Handelskammern seien reine Interessenvertretungen, zeigte es sich, daß auch in den Kammern das reine Konzept des Manchesterliberalismus zugunsten sozialliberaler, staatsinterventionistischer Maßnahmen verlassen wurde. Trotzdem blieb — bei aller Sympathie für die Arbeiterschichten und den kleinbürgerlichen Beamtenstand — die hochkapitalistische Finanzpolitik der herrschenden Schichten (Verwaltungsbourgeoisie und Unternehmertum) bei der Konvertierung der Valuta (1892) Sieger. Alle Versuche, die neue Geldwährung vor Spekulationen mit einem hochgetriebenen Goldagio von 117—119 (für 100 fl. Gold) zu schützen, scheiterten, obwohl sich in der Valutaenquete auch einsichtige Liberale für die Schonung der Unterschichten ausgesprochen hatten³¹.

²⁹ Vgl. die Studien von Jaroslav Purš über die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Industrialisierung, von Jiří Kořálka namentlich über die sozialistische Bewegung der Reichenberger Arbeiter und von Zdeněk Šolle über die Arbeiterbewegung der achtziger und neunziger Jahre bis zur Jahrhundertwende. Jan Havránek hat neben seinen Forschungen zur Bevölkerungsstruktur eine wichtige Arbeit über das Kohlenrevier beigesteuert: *Hornická stávka roku 1900 v severočeském hnědouhelném revíru* [Der Bergarbeiterstreik im Jahre 1900 im nordböhmischem Braunkohlenrevier]. VČSAV 63 (1953) 152 S. — Kárníková, Ludmila: *Vývoj uhelného průmyslu v českých zemích do r. 1880* [Die Entwicklung der Kohlenindustrie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1880]. Prag 1960, 387 S.

³⁰ Kamitz, Reinhard: *Die österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848 bis 1948*. In: *Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848—1948*. Wien 1949, S. 126—221, hier S. 130.

³¹ Abg. Dr. Joseph Neuwirth, Abgeordneter der Handels- und Gewerbekammer in Brünn. Vgl. *Stenogr. Protokoll des Abgeordnetenhauses des österr. Reichsrates*. XI. Session, 134. Sitzung am 24. 5. 1892, S. 6137—6158. Vgl. *Statistische Tabellen zur Währungsfrage der österreichisch-ungarischen Monarchie*. Verfaßt im k. k. Finanzministerium. Wien 1892, 446 S.

Die Konsequenzen, die sich wirtschaftlich und vor allem einkommensmäßig aus der Valutareform für die unteren Erwerbsschichten ergaben, waren hart. Die Unterschichten waren damals im Kurienparlament noch gar nicht vertreten, hatten also gar keinen unmittelbaren Einfluß auf die Valutaenquete, mußten aber infolge der nunmehr gegebenen Relation von direkten und indirekten Steuern (nach Steuer-
eingang 25 : 75) zusätzliche steuerliche Lasten tragen, wobei noch hinzugefügt werden muß, daß die Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt (1890), zur Zeit des Finanzministers Dr. Emil Steinbach, durch Erhöhung der indirekten Steuern erfolgte.

Das zisleithanische System sah sich bei seinen finanz- und währungspolitischen Operationen stets veranlaßt, auf seine „bürokratischen Exposituren“ zurückzugreifen — die Handelskammern. Seit dem Neoabsolutismus boten sie im Rahmen des hochkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus ein gewissermaßen erprobtes Fundament für die Bourgeoisie. Bei der Entwicklung des tschechischen Sozialkörpers in seiner bürgerlichen Struktur nahmen sie eine führende Rolle ein ³².

³² Prinz, Friedrich: Die böhmischen Länder 1848—1914. In: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. Stuttgart 1968, S. 3—208, hier S. 205.